72. Jahrgang. № 570 — Dienstag, 6. Dezember 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Dezember 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat Dezember ... Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 28 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina"
Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Anglo-russische Zwiesprache ergebnislos.

England fordert Einstellung der kommunistischen Propaganda Sowjetrußlands.

Zurückhaltung des Arbeitsministeriums in der Eisenindustrie-Krise. — Die Bemühungen um das Besoldungskompromiß.

Nachmittagsunterredung zweier Todfeinde.

Litwinow verläßt Genf Dienstag vormittag.

Genf, 5. Dez. Ueber die heutige Unterredung zwischen Chamberlain und Litwinow, die von ½8 bis ¼4 Uhr dauerte, wird von der englischen Delegation ein Kommuniqué veröffentlicht, das, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen festgesetzt worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Da Litwinow bei Sir Austen Chamberlain eine Unterredung erbeten hatte, fand heute nachmittag im Hotel Beau-rivage eine Zusammenkunft statt. Die Zusammenkunft gab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Regierung der Union der Sowjetrepubliken und der britischen Regierung. Es war jedoch nicht möglich, in der Unterredung irgendeine Basis für eine Verständigung (Agreement) zu finden."

Von russischer Seite wurde kein ergänzendes Kommuniqué herausgegeben. Litwinow reist, wie von russischer Seite versichert wird, nunmehr am Dienstag vormittag von Genf ab.

Chamberlains Bedingungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 5. Dez. Die Unterredung, die heute in Genf zwischen Litwinow und Chamberlain stattfand, hat naturgemäß auch in den Berliner politischen Kreisen das stärkste Interesse ausgelöst. Man erblickt in der Tatsache dieser Unterhaltung, die durch Vermittlung des französischen Außenministers Briand zustande kam, den Beweis für die ja schon seit längerer Zeit kursierenden Behauptungen, **daß die leitenden Männer in Moskau eingesehen hätten, daß das Sowjetregime bei dem Konflikt mit England den kürzeren ziehe. Daraus, daß nicht England, sondern Rußland den ersten Schritt zur Beilegung tat, sei denn auch zu schließen, daß Rußland unter den durch den Konflikt geschaffenen Verhältnissen mehr leide als England.**

Die heutige Aussprache hat, wie gesagt, irgendein Ergebnis nicht gezeitigt. Man glaubt aber in Berlin annehmen zu können, daß es nicht bei dieser Unterredung bleiben wird, sondern daß

dem ersten Schritt weitere folgen werden,

zumal man ja auch auf englischer Seite offenbar kein Interesse daran zu haben scheint, den Konflikt weiterbestehen zu lassen, oder womöglich noch mehr zu verschärfen. Für sehr bedeutsam hält man die Frage, unter welchen Vorbedingungen England bereit sein wird, das frühere Verhältnis mit Rußland wieder herzustellen.

Chamberlain soll in der Unterredung Litwinow den bekannten Standpunkt der englischen Regierung in großen Zügen dargelegt haben. **Die englische Regierung sei nach wie vor bereit, in neue Verhandlungen mit der Moskauer Regierung einzutreten, jedoch müsse die englische Regierung als Grundvoraussetzung einer Neuregelung der Beziehungen die Forderung auf völlige Einstellung der kommunistischen Propaganda im gesamten Osten, insbesondere in China und Nordwestindien, stellen. Die englische Regierung habe eindeutige Beweise in der Hand, daß die propagandistische Tätigkeit der dritten Internationale in voller Uebereinstimmung mit der Moskauer Regierung erfolge. Solange die kommunistische Propaganda nicht restlos eingestellt werde, sei eine Neuregelung der englisch-russischen Beziehungen nicht denkbar, desgleichen werde England sehr energisch darauf bestehen, daß alle Vertreter Rußlands in England sich der Propagandatätigkeit und damit des Eingreifens in das innerpolitische Leben Englands enthalten.**

Wenn die Russen, worauf ja die von Litwinow veranlaßte Unterredung hindeutet, Wert darauf legen, mit England wieder ins Einvernehmen zu kommen, so wird ihnen nichts übrig bleiben, als sich diesen Bedingungen, über deren Innehaltung England sicher sehr scharf wachen wird, zu unterwerfen. Man weist nun darauf hin, daß die Annahme der englischen Forderungen für Rußland keine ganz leichte Sache sei. Der russische Kommunismus lebe von der Agitation, von der Gewinnung immer neuer Gebiete da seine letzten und wesentlichsten Ziele tatsächlich erst verwirklicht werden könnten mit dem Aufflammen der Weltrevolution. Würden dem russischen Kommunismus die Agitationsmöglichkeiten genommen, so würden auch seine Endziele immer illusorischer gemacht. Daraus wiederum ergeben sich

für die Sowjetmachthaber recht ernste Gefahren:

Die sehr ernst zu nehmenden Reibereien, die sich in Rußland ergeben haben, basieren zum nicht geringen Teil eben darauf, daß zwischen Utopie und realen Möglichkeiten der Politik eines kommunistischen Staatswesens so schwer ein Ausgleich gefunden wird. Der Uebergang zu einem solchen Ausgleich der Aufgabe phantastischer Endziele ist vielleicht auch deshalb so schwierig, weil es mit der Enthüllung des kläglichen Scheiterns zahlreicher kommunistischer Ideen verbunden sein müßte. Aus der nun versuchten Wiederanbahnung der Beziehungen zu England würde sich zweifellos eine erhebliche Verschärfung der innerrussischen Kämpfe ergeben. Wenn trotzdem die maßgebenden Männer in Moskau auch diese Gefahr mit in Kauf nehmen, so ist das als ein Zeichen dafür zu werten, für wie viel erheblicher man die Nachteile einschätzt, die Rußland aus dem Konflikt mit England entstanden.

Wie die Begegnung zustande kam.

Genf, 5. Dez. Aus der Umgebung Chamberlains wird heute abend erklärt, daß für den Empfang Litwinows die Rücksichtnahme auf die innerpolitische Lage Englands und auf die Oppositionsparteien maßgebend gewesen sei. **Chamberlain habe Litwinow empfangen, um den Oppositionsparteien die Möglichkeit zu nehmen, der englischen Regierung den Vorwurf zu machen, sie habe es unterlassen, mit Litwinow in direkten Verhandlungen eine Neuregelung der russisch-englischen Beziehungen zu prüfen.** Ueber die Vorgeschichte des Empfanges erfährt ein Vertreter der T. U. noch folgendes: Der Generalsekretär der Sowjetdelegation, Stein, habe sich zunächst an Dr. Stresemann gewandt mit der Bitte, bei Chamberlain eine Zusammenkunft mit Litwinow zu vermitteln. Dr. Stresemann hat sich jedoch außerstande gesehen, diese Vermittlung von sich aus zu übernehmen. Darauf wandte sich der Generalsekretär an Boncour mit der Bitte, Briand zusammen mit Chamberlain zu einer Unterredung mit Litwinow veranlassen zu wollen. Boncour hat diesen Auftrag übernommen und er hatte Briand, als dieser noch in Paris weilte, telephonisch gebeten, seinen ganzen Einfluß auf Chamberlain geltend zu machen, daß er Litwinow empfangen möge. Während der gestrigen gemeinsamen Fahrt nach Genf hat sich Briand dieses Auftrages an Chamberlain entledigt und Chamberlain erklärte am Schluß, er werde sich den Fall überlegen.

Die Beamten des Foreign Office, die Chamberlain begleiteten, verhielten sich gegenüber einer Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow sehr ablehnend. **Chamberlain hat dann unmittelbar nach seiner Ankunft in Genf sich mit Baldwin telegraphisch in Verbindung gesetzt und dessen Zustimmung zu diesem Empfang erhalten.**

Die Londoner Presse glaubt an eine Annäherung.

London, 5. Dez. In großer Aufmachung berichten heute die Londoner Abendblätter über die Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow. In einigen Blättern wird angenommen, daß trotz des negativen Ausgangs der heutigen Unterredung eine zweite durchaus wahrscheinlich ist. Vorläufig bleiben aber auch nach Ansicht der englischen Presse die Aussichten englisch-russischer Verhandlungen sehr ungünstig, da **erst der in diesen Tagen in London verhandelte Spionageprozeß gezeigt hat, daß die kommunistische Propaganda sich auch in der englischen Marine und in englischen Kriegsarsenalen bemerkbar macht.** Darin sind sich aber alle Blätter einig, daß, wenn Rußland auf seine Propaganda verzichtet, englisch-russische Verhandlungen doch zustande kommen.

Rumänien dringt auf Behandlung des Optantenkonfliktes.

Der Rat beschloß Vertagung bis März.

Genf, 5. Dez. Nachdem der Völkerbundsrat in seiner heutigen geheimen Vormittagssitzung **die Vertagung des ungarisch-rumänischen Streitfalles auf die Märzsession des Völkerbundsrates geschlossen** hatte, ist noch heute abend ein Telegramm des neuen rumänischen Ministerpräsidenten, Bratianu im Völkerbundssekretariat eingetroffen, in dem ausdrücklich beantragt wird, den ungarisch-rumänischen Streitfall Ende dieser Woche auf die Tagesordnung zu setzen. In dem Telegramm wird mitgeteilt, daß Titulescu Mitte der vorigen Woche in Genf eintreffen werde. Titulescu selbst hat seine Abreise nach Genf mitgeteilt.

Im Völkerbundssekretariat ist man der Ansicht, daß die rumänische Regierung das heute vormittag bekanntgegebene Telegramm Chamberlains noch nicht erhalten hat. In dem Telegramm hatte Chamberlain die rumänische Regierung von der Vertagung des Streitfalles auf die Märzsession des Rates in Kenntnis gesetzt. In dem Telegramm Bratianus an das Völkerbundssekretariat wird das Telegramm Chamberlains mit keinem Worte erwähnt. Welche Stellungnahme der Völkerbundsrat im Falle eines Eintreffens Titulescus in Genf einnehmen wird, steht noch nicht fest, da zunächst ein einheitlicher Beschluß des Völkerbundsrates vorliegt, die Angelegenheit auf die Märztagung des Rates zu verschieben.

Der Entwurf eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes.

Die Bemühungen um die Verbesserung der materiellen Lage der Kleinrentner sind in ein neues Stadium getreten durch den in der letzten kurzen Zwischentagung des Reichstages eingebrachten und dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesenen Entwurf eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes. Ein solches Gesetz ist von den jetzigen Regierungsparteien bereits im April dieses Jahres gefordert worden, und zwar gleichzeitig mit der Bewilligung von 25 Millionen Mark als einmaliger Beihilfe zur vorläufigen Linderung der drückendsten Not, die inzwischen zur Auszahlung gelangt sind. Der Reichstag nahm damals eine Entschließung an, in der die Reichsregierung ersucht wurde, in eine Prüfung über die Voraussetzungen eines Rentnerversorgungsgesetzes einzutreten und das Ergebnis dem Hause mit möglichster Beschleunigung vorzulegen. Die Denkschrift ist bisher nicht herausgekommen, und diese Verzögerung hat die Demokratische Partei zum Anlaß genommen, um ihrerseits einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen, der den Zweck verfolgt, eben das zu verwirklichen, was die Regierungsparteien von Anfang an erstrebt haben, nämlich die Kleinrentner aus der für sie demütigenden, weil nur eine verhüllte Form der allgemeinen Armenpflege darstellenden Fürsorge herauszuheben und ihnen ein gesetzliches Recht auf ein bescheidenes Existenzminimum zu gewähren. Die Demokraten hatten bislang gerade den entgegengesetzten Standpunkt vertreten; sie waren gegen das Rentnerrecht und warfen sich für die Fortdauer der Fürsorge ins Zeug. Es lag nahe, die Gründe dieses plötzlichen Umfalles zu beleuchten. Im Interesse der Kleinrentner haben sich aber die Regierungsparteien mit einer Kritik des demokratischen Verhaltens nicht befaßt, sondern sich ohne Zögern hinter den demokratischen Entwurf gestellt, da dieser in seinen Grundzügen nur die leitenden Gedanken aufnimmt, die für die Regierungsparteien schon längst maßgebend gewesen sind. Die Beratungen im Ausschuß sind auf kurze Zeit unterbrochen worden, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich über die Deckungsmöglichkeiten für die erforderlichen Mittel schlüssig zu werden, die auf 160 bis 200 Millionen Mark jährlich geschätzt werden, wobei aber zu bedenken ist, daß wegen des zumeist hohen Alters der Kleinrentner diese Summe sich zusehends verringern wird. Nach einer Statistik, die von einer mit der Prüfung des gesamten Materials betrauten Kommission des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge aufgenommen worden ist, sind im Durchschnitt der Stadt- und Landkreise in ganz Deutschland von den rund 340 000 Kleinrentnern, die in der Fürsorge stehen, 50 Prozent der Männer und 39 Prozent der Frauen über 70 Jahre alt; im einzelnen ist die Zahl der 70jährigen auf dem Lande größer als in der Stadt. Hieraus geht hervor, daß das Rentnerversorgungsgesetz nur einen Uebergangscharakter trägt, da die Zahl der zu versorgenden Rentner von Jahr zu Jahr geringer wird. Gerade dieser Umstand macht auch die Regelung der Frage um so dringlicher, damit die alten Leute, die durch die Inflation um ihre gesamten sauren Ersparnisse und an den Bettelstab gebracht wurden, nicht mit dem bitteren Bewußtsein aus dem Leben scheiden müssen, daß sie vom Staate und der Gesellschaft in ihrer Not bis zuletzt im Stiche gelassen wurden, daß man ihnen Steine statt Brot gab.

Die grundsätzliche Hauptfrage, ob die Rentner bloß von der Fürsorge erfaßt werden oder einen Rechtsanspruch genießen sollen, ist heute dahin entschieden, daß nur die Sozialdemokratie noch an dem Fürsorgeprinzip festhält, während die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme für das Rentnerrecht in die Schranken treten. Die Kleinrentner haben die Unterstellung unter die Fürsorge von jeher mit Recht als degradierend empfunden, sowohl wegen ihrer Vergangenheit als auch wegen der schweren Nachteile, die damit verbunden sind, wie Verpfändung des Mobiliars, Anrechnung auch des bescheidensten Arbeitsverdienstes, vielfach leider auch nicht angemessene persönliche Behandlung. Allerdings muß anerkannt werden, daß es auch manche Länder und Gemeinden gibt, die in vorbildlicher Weise für die Kleinrentner sorgen, sowohl durch die Höhe der Unterstützungen wie durch soziale Wohlfahrtseinrichtungen. Das alles kann aber den Mangel eines gesetzlichen Versorgungsanspruches, wie er allein der besonderen Lage der Rentner würdig ist, nicht ersetzen. Der Deutsche Rentnerbund hatte daher auch von vornherein die